

KL

Landessynode  
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
24. bis 25. April 2015

V o r l a g e  
des Tagungsausschusses Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung  
zum Wort des Bischofs  
betr. Punkt 4 „100 Jahre Völkermord an den Armeniern“

---

Die Landessynode möge die folgende Erklärung beschließen:

Verantwortung verjährt nicht.

Das Gedenken an das Schicksal der Armenier zum Ausgang von Versöhnung machen!

Aus Anlass des Gedenkens an die Vernichtungsaktionen gegen die türkischen Armenier im Jahr 1915 erklärt die Vierte Landessynode der EKBO auf ihrer zweiten Tagung:

Am 24. April 2015 gedenkt die Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) der Opfer des Völkermords an den Armeniern vor 100 Jahren. Was damals geschah, darf auch heute nicht verschwiegen werden.

1. In ökumenischer Verbundenheit stimmen wir dem Anliegen zu, das Karekin II., Katholikos aller Armenier, in seiner Enzyklika vom 3. Februar 2005 formuliert hat: „Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts muss anerkannt und verurteilt werden durch die ganze Welt und auch durch die Türkei, denn Gewalt und Mord können nicht den Kurs der Menschheit führen.“ Mit Aram I., Katholikos von Kilikien, erklären wir: Die Vergangenheit lässt uns nicht los, bis sie wirklich aufgearbeitet ist. Schuld muss angenommen werden, die Wahrheit muss verkündet werden. Dieser schwere Schritt der Rückwendung zur eigenen Geschichte ist notwendig, um den Weg zur Vergebung zu öffnen, bittere Erinnerungen zu heilen und eine gemeinsame Zukunft zu gewinnen. In Betroffenheit und Trauer gedenken wir der Hunderttausenden armenischen Bürger, die ihr Leben auf dem Todesmarsch in die syrische Wüste verloren und Opfer menschenverachtender Angriffe wurden.
2. Als Christen sehen wir unsere Aufgabe darin, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahrheit zum Zuge kommen kann. Dies ist nur möglich, wenn historische Ereignisse nicht verschwiegen oder geleugnet werden und beiden Seiten, Tätern wie Opfern, die Möglichkeit gegeben wird, Schuld und Verletzungen ohne Angst vor Repressionen auszusprechen. Dabei steht uns die schmerzvolle Erinnerung in der weltweiten Gemeinschaft überlebender Armenier an die Ereignisse vor Augen. Aber wir richten unseren Blick auch auf die Diskussion dieser Fragen in der türkischen Öffentlichkeit. Die türkische Zivilgesellschaft sucht die Auseinandersetzung mit den schrecklichen Ereignissen vor hundert Jahren. Solange jedoch Vertreter des türkischen Staates die Auseinandersetzung eher zu verhindern versuchen als sie zu befördern, ist ein heilender Prozess, ist Versöhnung in der türkischen Gesellschaft kaum möglich. Wir setzen uns für eine offene und vorurteilslose Erörterung dieser Geschehnisse ein, die den Opfern der damaligen Gewalthandlungen Gerechtigkeit widerfahren lässt.

- KL
3. Als Deutsche wissen wir, welche geistliche, intellektuelle und gesellschaftliche Herausforderung die historische Aufarbeitung der Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts darstellt. Gleichwohl ermutigt uns unsere eigene Erfahrung dazu, für einen Prozess der Versöhnung zwischen dem türkischen und dem armenischen Volk einzutreten. Vor allem der Jugendaustausch zwischen den Völkern bietet die Chance, der nachwachsenden Generation durch persönliche Kontakte und Freundschaften neue Perspektiven des Zusammenlebens zu ermöglichen. Gerade um des Verständnisses in der jüngeren Generation willen bedürfen die Gewalttaten der Vergangenheit einer sorgfältigen Behandlung in den Schulbüchern. Sie darf nicht durch politische Interessen verhindert werden.
  4. Das deutsche Kaiserreich trug durch die teilweise Billigung sowie durch die Unterlassung von wirksamen Gegenmaßnahmen während des Ersten Weltkriegs Mitverantwortung an diesem Völkermord. Dafür bitten wir das armenische Volk um Verzeihung. Angesichts dieser Mitverantwortung ist ein deutscher Beitrag zur Aufarbeitung von Vernichtung und Vertreibung der Armenier unabdingbar und für die Aufarbeitung der Geschichte ethnischer Konflikte im 20. Jahrhundert unverzichtbar. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bejaht es ausdrücklich, wenn dabei auch die Rolle der Kirche im Verhältnis zu dem Lebenswerk von Johannes Lepsius kritisch untersucht wird. Die Arbeit des Lepsius-Hauses in Potsdam als eines wichtigen Zentrums für Erinnerung, Forschung, Bildung und Begegnung verdient Unterstützung und Förderung. Dort finden regelmäßig Gespräche und Begegnungen zwischen Türken, Armeniern und Deutschen statt.
  5. Die Landessynode dankt dem Bundespräsidenten für seine wegweisende Rede vom 23. April 2015. Aus Anlass des hundertjährigen Gedenkens an den Beginn der Todesmärsche bittet die Landessynode der EKBO Bundestag und Bundesregierung, ihren politischen Beitrag dazu zu leisten, dass zwischen Armeniern und Türken ein Ausgleich durch die Bereitschaft zu Wahrheit und Versöhnung, durch das Verzeihen historischer Schuld und durch einen mutigen Neubeginn erreicht wird. Darüber hinaus fordert die Landessynode die Bundesregierung auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass religiöse Minderheiten weltweit respektiert werden.

Dr. Claudia Ludwig  
Vorsitzende

Einbringerin: Dr. Claudia Ludwig

---

**Beschluss:**

**Von der Landessynode am 25. April 2015 ohne Gegenstimmen bei drei Stimmenthaltungen beschlossen.**



Sigrun Neuwerth  
Präses